



Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung zum Artikel „Verklagt von Kommunisten“ („SZ“ vom 30. 3.)

Die „Rote Fahne“ erreichte folgender Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung“, den wir an dieser Stelle gerne abdrucken:

... Es ist ja bekannt, dass der Verfassungsschutz zahlreiche Spitzel im „NSU“ und Zeitungsredaktionen hat. Doch dieser Artikel am 30. März in der „Süddeutschen Zeitung“ über die Klage der MLPD gegen Verfassungsschützer und ihr im Schöningh-Verlag gedrucktes Machwerk „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr“ wirft eine weitgehende Frage auf: Wie kann es sein, dass offen wahrheitswidrige Aussagen des Verfassungsschutzes in ihrer Zeitung übernommen werden? Dagegen möchte ich als Münchner „SZ“-Leser deutlich Stellung nehmen!

Der Artikel von Bernd Dörries verschweigt völlig, dass Ulrich Bausch, der als „Zeuge“ für die Verleumdungen im Buch aussagen sollte, das gar nicht konnte. Er musste bei der Befragung zugeben, das Buch erst nach dem Erscheinen gelesen zu haben. Damit fällt er als Quelle der Verleumdungen der Geheimdienstler aus. Auch eine Reihe anderer Fakten, die den „Zeugen“ als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnen, werden verleugnet. Bewusst hat der „Zeuge“ versucht, mit Begriffen des Verfassungsschutzes wie „unangekündigte Kontrollbesuche durch Funktionäre“ die Arbeit der MLPD in die Stasi-Ecke zu stellen. Aber auf Nachfrage vor Gericht entpuppten sich diese „Kontrollbesuche“ als Besuche von Tür zu Tür, bei denen man in die Wohnung gebeten wurde bzw. Besuche bei Parteiinteressenten, die am Stand angekreuzt hatten, besucht werden zu wollen. Die angebliche Selbstisolierung der MLPD reduzierte sich auf den „Zeugen“ selbst, der als Denunziant und V-Mann aber nichts anderes verdient hat.

Der Artikel von Herrn Dörries ist allerdings auch ein Lehrstück, wie der moderne Antikommunismus arbeitet: Wenn die SPD irgendwo in Deutschland einen – eigens für die Medien inszenierten – Hausbesuch macht, dann ernten sie dafür ganzseitige Zeitungsartikel und ihre „Bürgernähe“ wird über den grünen Klee ge-

lobt. Wenn die MLPD über Jahre systematische Kleinarbeit, Stände, Hausbesuche und Kollegenbetreuung macht, dann sind das „unangekündigte Kontrollbesuche durch Funktionäre“ – natürlich nur zum Ausspionieren der Leute. Wenn die Mitglieder der MLPD und Sympathisanten Euro um Euro sammeln, um die Parteilarbeit finanziell unabhängig zu finanzieren – dann ist das eine „abschreckende, stalinistische Geld-eintreibung und Bereicherung der Parteiführung“ (Zitat aus dem Buch). Wenn dagegen Herr Steinbrück seine Millionenhonorare für Vorträge bei Wirtschaftsverbänden nach tausendfacher Kritik ein Stück weit publik macht, dann ist das für die „SZ“ eine beeindruckende „Transparenz-Show“ („SZ“, 30. 10. 2012).

Stück für Stück fiel der Lack vom „Zeugen“ des Ge-

heimdiensts im Gerichtssaal ab. Statt den undemokratischen Charakter der Verfassungsschützer zu entlarven, zitiert Herr Dörries den „Zeugen“ mit den Worten: „Man hat nicht gedroht, mich zu erschießen.“ Dass der „Zeuge“ und die „Süddeutsche Zeitung“ nicht berichten, was die MLPD macht, sondern noch extra betonen, was die MLPD nicht gemacht hat, um irgendwie die Wörter „erschließen“ und „MLPD“ zusammenzubringen, ist eine Methode zur Verfälschung der Wirklichkeit und zur Kriminalisierung der MLPD. Ihr Ziel ist offensichtlich, die MLPD zu isolieren.

Sie können sich natürlich weiter als Sprachrohr des Geheimdienstes und des Antikommunismus verstehen. Doch wie verträgt sich das mit demokratisch gesinnten Redakteuren? Sicher ist indes, dass die Leser der

„SZ“ keine Artikel aus der Feder des Verfassungsschutzes erwarten.

Achtungsvoll,
K. D., München



Kundgebung nach der Sitzung am Essener Landgericht am 28. März
rf-fotos

Berechtigte Kritiken erreichten uns an der Berichterstattung „Weitgehend positives Medienecho“ zum Prozess gegen den „Verfassungsschutz“ (siehe „Rote Fahne“ 14/2013, S. 23). Dort heißt es: „Insgesamt wurde überwiegend sachlich berichtet und vor allem die äußerst unbeliebte zwielfältige Rolle des ‚Verfassungsschutzes‘ betont.“ Der Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ war dabei eine Ausnahme (siehe auch Leserbrief auf dieser Seite). Allerdings hatten die meisten anderen Artikel in der Nebenseite auch verschiedene antikommunistische Seitenhiebe. So wenn die „taz“ die Überschrift wählt „MLPD will keine Sekte sein“. Oder wenn „derWesten“ vor allem betont, dass das Prozesspublikum „überwiegend älter“ gewesen wäre. Soll wohl suggerieren, die MLPD wäre „überaltert“. Dem – übrigens ebenfalls nicht

gerade jungen – Redakteur ist in seinem überheblich-süffisanten Tenor offenbar entgangen, dass am frühen Morgen viele arbeitende Menschen keine Prozesse besuchen können. Manch einer wundert sich: Warum können manche Redaktionen – mit zum Teil hohem eigenen Anspruch – eigentlich nicht sachlich über die MLPD berichten? Wir dürfen über solche antikommunistischen Beißreflexe nicht hinweggehen. Es war deshalb ein Fehler der „Rote-Fahne“-Leitung, die Berichterstattung pauschal als positiv und sachlich zu würdigen und solche antikommunistischen Passagen stillschweigend unter den Tisch fallen zu lassen.

Alle Medienberichte dokumentiert findet man unter: www.rf-news.de/2012/kw31/klage-der-mlpd-gegen-verfassungsschutz-experten